

Streit um Ground Zero-Moschee weitert sich aus



Es herrscht Wahlkampf in den USA. Es geht um nichts anderes als die Mehrheit im Kongress, der zur Zeit noch von Obamas linken (Post-)„Demokraten“ beherrscht wird. Da kommt ihnen der Skandal um die Errichtung einer 100-Millionen-Dollar-Moschee am Ground Zero, der sich innerhalb weniger Wochen von einer kommunalpolitischen Angelegenheit zu einer nationalen Streitfrage ausgeweitet hat, völlig ungelegen. Empfindet es doch eine 2/3-Mehrheit der Amerikaner, so die Umfragen, taktlos, unpassend und pietätlos, dass unweit der Trümmer von 9/11 ausgerechnet eine 11-stöckige Giga-Moschee als Zeichen des Triumphs über die „Ungläubigen“ die nahezu 3000 Todesopfern verhöhnt, die dort Opfer des weltweiten Jihad wurden.

Während die der Muslimbruderschaft nahestehenden Moschee-Bauherren sich beharrlich weigern, über die Finanzierung des Projekts Auskunft zu geben (Gerüchten zufolge stammt das Geld aus Saudi-Arabien und dem Iran) und der New Yorker Bürgermeister und Moscheebefürworter Michael Bloomberg eine Untersuchung darüber als „unamerikanisch“ ablehnt, kommen die demokratischen Bewerber um einen Sitz im Kongress zusehends in die Bredouille, fordern doch die Wähler eine klare Positionierung der jeweiligen Kandidaten dazu. Eine Petition der Menschenrechtsorganisation [„ACT for America“](#) gegen eine Moschee am Ground Zero fand innerhalb kurzer Zeit mehr als 100.000 Unterzeichner. Selbst weitsichtige arabische Muslime, wie der Direktor des Fernsehsenders Al-Arabiya, [Abdul Rahman Al-Rashid](#), sehen mehr Schaden als Nutzen in der geplanten

Moschee: „Ich kann mir nicht vorstellen“, schreibt er, „dass die Muslime eine Moschee genau dort wollen, weil sie unweigerlich zur Arena für Hassprediger und zum Denkmal für Verbrecher mutieren würde.“

Da hilft es auch nicht mehr, dass führende Politiker sowohl der Republikaner als auch der Demokraten den Geist wieder in die Flasche, nämlich auf die Ebene der Kommunalpolitik, zu bannen versuchen. Ein Kompromissangebot von Gouverneur Paterson auf einen anderen, weiter entfernten Bauplatz auszuweichen, lehnte Sharif El-Gamal, neben dem Imam Feisal Abdul Rauf einer der beiden Initiatoren der Megamoschee, entrüstet ab. So stellt er sich auf den Standpunkt der Hamas-Führung, die unlängst erklärte, sie hätten das Recht „überall“ Moscheen zu bauen. Konsequenterweise weigert sich Rauf beharrlich, die Terrororganisation Hamas (auch ein Ableger der Muslimbruderschaft) denn auch als solche zu bezeichnen.

Abgesehen davon, dass bezweifelt werden darf, dass ein tatsächlicher Bedarf für eine Moschee in einem reinen Geschäftsviertel, in dem nur wenige Leute wohnen, besteht, empfinden auch viele Amerikaner, die ansonsten dem Islam und Moscheen gleichgültig bis wohlwollend gegenüber stehen, die Ground Zero-Moschee als einen Affront.

Ein Bündel von rechtsstaatlich zweifelhaften Maßnahmen soll nun die „Demokraten“ vor dem Absturz retten:

– Die Nachrichtenagentur AP wies ihren Mitarbeiterstab an, den Begriff Ground Zero-Moschee [nicht mehr zu verwenden](#), sondern statt dessen künftig von der „New York-City-Moschee“ zu schreiben. So wird einerseits der Eindruck erweckt, es gäbe es in New York-City für die armen Mohammedaner ja keinerlei Moscheen (es gibt derer unzählige) und sie wären einzig auf diese angewiesen. Andererseits soll damit jeglicher Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ausgeblendet werden.

– Gegen die Initiatoren einer Kampagne (Pamela Geller und Robert Spencer), die mittels [Werbebanner auf zwanzig innerstädtischen Bussen](#) auf den Skandal aufmerksam machte, wurde eine ganze Serie verleumderischer (und sachlich falscher) [Berichte](#) und [Kommentare](#) in den großen Tageszeitungen platziert, die den Anschein erwecken sollen, die bürgerlichen Proteste gegen die Ground Zero-Moschee seien „bigottisch“ motiviert bzw. eine republikanische (jüdische?) Verschwörung, um Obama zu schwächen, von dem mittlerweile fast jeder fünfte Amerikaner glaubt, er sei Muslim.

– Eine kleine griechisch-orthodoxe Kirche, die bei den 9/11-Anschlägen im Schatten des World Trade-Centers völlig zerstört wurde, darf aufgrund einer Entscheidung der Behörden dagegen [nicht wieder aufgebaut](#) werden. Eine Berichterstattung darüber findet kaum statt.

– Nancy Pelosi, die „demokratische“ Sprecherin des Kongresses fordert einen Untersuchungsausschuss zur [Überprüfung und Offenlegung der Finanzierung der Proteste](#) gegen die Ground Zero-Moschee. Sie erklärte: „Es gibt eine konzertierte Aktion interessierter Kreise, um hieraus ein Politikum zu machen.“

Kein Wort darüber, wer die 100-Millionen-Dollar-Moschee finanzieren soll, keine Untersuchung darüber, wer die Drahtzieher sind und welche Verbindungen zu terrorunterstützenden Organisationen bestehen. Nein, es soll auf Steuerzahlerkosten untersucht werden, wer die Spender der SIOA-Kampagne, die nach [Spencers Angaben](#) insgesamt nur 11.500 \$ gekostet hat, sind. Robert Spencer berichtet auf „Jihadwatch“, dass die Busaufkleber weitgehend durch 10\$- und 20\$-Spenden finanziert wurden. Was also soll eine aufwendige Untersuchung bringen? Vielleicht möchte man von interessierter Seite herausfinden, dass unter den 20\$- Spendern womöglich auch zwei oder drei jüdische Geschäftsleute sind, um damit beweisen zu wollen, dass hinter den Protesten gegen die Ground Zero-Moschee tatsächlich das „internationale Finanzjudentum“ stecke?

Ist das nun lächerlich oder absurd? Oder nur nackte Verzweiflung angesichts der geplanten SIOA-Demo am 11. September am Ground Zero, zu der neben Angehörigen der Opfer unter anderem auch Geert Wilders als Gastredner sprechen wird? Ist das womöglich der Anfang vom Ende von Obamas Präsidentschaft?

Die schwächste Säule des Islam



Der Islam steht bekanntlich auf fünf Säulen. Allerdings scheinen diese von unterschiedlicher Wichtigkeit zu sein. Während Ramadan und Pilgerfahrt ebenso wichtig sind wie die täglichen Gebete, für die allorts prächtige Moscheen zu bauen sind, scheint die Säule der wohltätigen Spenden für Bedürftige nicht ganz so bedeutend zu sein. Bei der Flutkatastrophe in Pakistan bleibt der Beutel der Glaubensbrüder geschlossen.

Der Schweizer BLICK fragte nach: [Wie helfen eigentlich islamische Staaten?](#)

Allein für die Soforthilfe brauchen die Vereinten Nationen 550 Millionen Dollar. Der Wiederaufbau wird nach ersten vorsichtigen Schätzungen 15 Milliarden kosten.

Nach anfänglichem Zögern hat in den westlichen Demokratien eine Welle der Solidarität eingesetzt. Im Tagesrhythmus erhöhen die Regierungen ihre Geld- und Materialzusagen. Innerhalb eines Tages sammelte die Glückskette über 16

Millionen Franken ein.

Und das, obwohl Pakistan als eines der korruptesten Länder der Welt gilt und die Taliban nicht nur das westliche Geld, sondern auch die Helfer aus den Ländern der Ungläubigen ablehnen. Die Islamisten haben sogar mit Gewalt gegen ausländische Helfer gedroht.

Mehr als gegen den Westen müssten die Taliban gegen die muslimischen Staaten wettern. Denn die sind bisher eher knauserig. Von den fünf Millionen Dollar, die beim Roten Kreuz und dem Roten Halbmond eingegangen sind, stammt nur ein Zehntel aus der islamischen Welt. Auf der offiziellen Geberliste der Vereinten Nationen sind von den muslimischen Staaten bislang nur Oman und Ägypten verzeichnet.

Restengeld von den Saudis, grosse Worte aus dem Iran

Die zugesagten 100 Millionen Dollar aus Saudi-Arabien sind nicht frisches Geld. Sie wurden aus dem Budget für die Opfer früherer Naturkatastrophen in Pakistan umgeleitet. Und der Iran brüstet sich zwar mit grosszügigen Hilfsprojekten. Doch Details will Teheran nicht verraten.

Dass der Westen, allen voran die USA, dem geschundenen Pakistan helfen, hält die Middle East Relief Organization für normal: Schliesslich seien die Feinde Allahs für das pakistanische Elend verantwortlich.

Alles andere hätte uns auch überrascht.

(Vielen Dank allen Spürnasen!)



Mönchengladbach: Bürgerprotest hält an



Über 200 Menschen gingen am vergangenen Montag auf die Straße, um gegen die Pläne des vom Verfassungsschutz beobachteten radikal islamischen Vereins „Einladung zum Paradies e.V.“, im Mönchengladbacher Stadtteil Eicken eine Islamschule zu errichten, zu protestieren. Bei der insgesamt friedlich verlaufenen Demonstration kam es immer wieder zu teils hitzigen Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern der Islamschule.

Dabei versuchte insbesondere der Leiter der Islamschule, Muhamed Ciftci, der mit Äußerungen wie „Steinigung ist gerechtfertigt“ und „alles, was im Koran steht und uns vom Propheten überbracht wurde, [ist] gerecht und vernünftig“ in Erscheinung tritt, den Protest als grundlose „Islamhetze“ darzustellen.

Der Verein „Einladung zum Paradies e.V.“, der die umstrittene

Islamschule in Mönchengladbach bauen will, sei in der Vergangenheit Anziehungspunkt für salafistisch orientierte Islamisten gewesen, erklärte die Leiterin des Verfassungsschutzes in NRW, Mathilde Koller.

Salafismus ist nach Angaben des Verfassungsschutzes eine islamistische Strömung, die die Anwendung von Gewalt nicht grundsätzlich ablehnt. Sie verlangt von Muslimen, sich in Glauben, religiöser Praxis und Lebensführung, also auch in gesellschaftlichen und politischen Fragen, ausschließlich an den Prinzipien von Koran und Sunna („Prophetentraditionen“) auszurichten.

Prinzipien, die z.B. in Sure 2, 191 des Koran unmissverständlich festgeschrieben sind:

„Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie von dort, von wo sie euch vertrieben; denn Verfolgung ist ärger als Totschlag. Bekämpft sie aber nicht bei der Heiligen Moschee, solange sie euch dort nicht angreifen. Doch wenn sie euch angreifen, dann kämpft wider sie; das ist die Vergeltung für die Ungläubigen.“

Im Internet sind inzwischen zwei Videobotschaften aufgetaucht, in denen jene Journalisten als „Lügner“ beschimpft und als „Terroristen“ verunglimpft werden, die in den vergangenen Tagen über die geplante Islamschule der islamistischen Salafisten in Mönchengladbach berichtet hatten.

NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) ist ebenfalls gegen den Bau der umstrittenen Islamschule in Mönchengladbach. Bei den Salafisten handle es sich um eine extremistische Gruppierung, die möglicherweise auch militante Züge habe. Der SPD-Politiker nannte vor allem das Frauenbild „erschreckend“. Unterstützung erhält die Islamistenschule von der Partei DIE LINKE. Offenbar haben verfassungsfeindlich eingestellte Gruppierungen untereinander keine Berührungspunkte.

Während der Montagsdemo hat sich eine Bürgerbewegung von Anwohnern gegründet, die den Protest gegen den Verein „Einladung zum Paradies e.V.“ weiter vor Ort betreiben werden. Wer die Anwohner unterstützen möchte, ist eingeladen, sich an den Aktionen der Bürgerbewegung zu beteiligen. Wann und wo der Protest weitergeht, erfährt man am besten über die Kommentarseiten von RP-Online.de (Mönchengladbach). Die Vereinnahmung des Protestes durch politische Parteien oder Extremisten – gleich welcher Art – ist von der Bürgerbewegung ausdrücklich nicht gewünscht. Das wäre auch kontraproduktiv, denn nur zu gern werden friedliche und normale Bürger von den „Qualitätsmedien“ in die rechte Ecke gedrückt, wenn sie gegen gewaltbereite Islamisten protestieren.

Pro-NRW hatte angekündigt, sich unabhängig von der Mönchengladbacher Bürgerbewegung mit islamkritischen Demonstrationen am Protest zu beteiligen.

Video des Bürgerprotestes vom Montag:

PI-Beiträge zum Thema:

- » [Journalisten fühlen sich bedroht](#)
- » [Mönchengladbach: Salafisten geben sich empört](#)
- » [Mönchengladbach: Protest gegen Salafistenschule](#)

Rheinische Post-Artikel zum Thema:

- » [Bürgerbewegung: Weitere Aktionen geplant](#)
- » [Kampagne der Salafisten gegen Reporter](#)
- » [Ciftci: Steinigung ist gerechtfertigt](#)
- » [Protest in Mönchengladbach geht weiter](#)
- » [LINKE verteidigt Islamistenschule in Mönchengladbach](#)
- » [Prostest gegen Islamschule: Eickener lassen Pro NRW abblitzen](#)

CDU besorgt über „Rechtspopulisten“



Während sie einen grandiosen Linksruck vollführt, damit sie sich gar nicht mehr von SPD und Grünen unterscheidet, beobachtet die CDU voll Sorge den angeblichen Vormarsch der „Rechtspopulisten“ (was immer das auch sei) in Europa. Das sagte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe (Foto). So ist das, wenn man ohne jede Not die Thesen der Linkspopulisten übernimmt und die Wähler das damit honorieren, dass sie in Scharen davonlaufen.

Über Linkspopulist Gröhe [schreibt](#) der Newsticker:

Die Union verfolgt den Vormarsch rechtspopulistischer Parteien in Europa mit großer Sorge (Anm.: Da würden wir uns auch sorgen!).

„Wir beobachten sehr aufmerksam, was andernorts in Europa stattfindet“, sagte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe der „Saarbrücker Zeitung“. Gefragt nach der Gefahr einer ähnlichen Entwicklung in Deutschland rechts der Union betonte Gröhe, seine Partei müsse die Sorgen der Bürger im Hinblick auf islamistischen Fundamentalismus sehr ernst nehmen.

„Wo Hasspredigt erfolgt, wo es Nähe zur Militanz und die Gefahr der Rekrutierung von Terroristen gibt, muss der Rechtsstaat klare Kante zeigen.“ Für viele Menschen sei die sichtbare Existenz einer anderen Religion auch eine Herausforderung. „Doch es geht nicht um die Verhinderung von Minaretten, sondern um die Bekämpfung von Hasspredigern.“ Vor militantem Islamismus schütze zudem auch „eine gelingende Integration der großen Mehrheit friedlicher Muslime in

unserem Land“, sagte Gröhe.

Die „große Mehrheit friedlicher Muslime“ hat offensichtlich nichts gegen die Hassprediger in ihren Reihen. Jedenfalls distanziert sie sich nicht von ihnen, demonstriert nicht bei Terroranschlägen im Namen Allahs und zeigt die Leute, die den Koran ganz falsch verstehen, nicht beim Verfassungsschutz an. Dafür gibt die CDU sich Mühe, Moslems und Islamisten sorgfältig zu unterscheiden (Erdogan: „Es gibt keinen moderaten oder nicht-moderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich.“)

Klagemauernazi vor Gericht



Klaus F. (66), Spießgeselle des antisemitischen Volksverhetzers Walter Herrmann (70) von der Kölner Klagemauer steht vor Gericht. Grund ist aber nicht der Schandfleck vor dem Kölner Dom, sondern die antisemitische und homophobe Beschimpfung eines Polizeibeamten.

Der [Kölner Stadtanzeiger berichtet](#):

Ein Protestler soll am CSD-Sonntag einen Polizisten in Zivil als „schwule Sau“ und „Judenarsch“ beschimpft haben. Er bestreitet die Vorwürfe und behauptet, selbst beleidigt worden zu sein. Eine Geldstrafe über 1.000 Euro hatte der 66-Jährige nicht akzeptiert.

„Du bist also einer von diesen perversen, schwulen jüdischen Arschlöchern, die auch noch andere Schwuchteln heiraten“, ist nur eine der drastischen Beschimpfungen, die in der Anklageschrift festgehalten sind. Andere lauten „schwule Sau“ und „Judenarsch“. Gesagt haben soll sie Klaus F., der zusammen mit Walter Herrmann regelmäßig an der „Klagemauer“ auf der Domplatte steht und gegen die Missstände der Welt demonstriert.

Am Donnerstag hatte sich der 66-Jährige im Justizzentrum erneut wegen mutmaßlicher Volksverhetzung zu verantworten. Im März hatte ihn das Amtsgericht zu 1.000 Euro Geldstrafe verurteilt. Dagegen hatte er mit Hilfe seines Anwalts Heinrich Comes Berufung eingelegt. Deshalb wird der Prozess vor dem Landgericht neu aufgerollt. (...)

Am 5. Juli 2009, dem Sonntag des Christopher Street Day, stand er wieder auf der Domplatte. Er hielt ein Pappschild hoch, mit dem er gegen den Krieg im Gazastreifen protestierte. Es kam zu einem kleinen Tumult, als zwei Mädchen Blumentöpfe an der „Klagemauer“ zerstörten und Unterschriftenlisten zerrissen. Eine uniformierte Polizistin kam hinzu und schlichtete den Streit. Um ihr womöglich beizustehen, hatte sich ein Beamter in Zivil genähert: Thomas S., 46 Jahre alt. Eigentlich war es seine Aufgabe, Trick- und Taschendiebstähle in der Innenstadt zu verhindern.

Die Aussagen, was dann geschah, gehen weit auseinander. Thomas S. behauptet, Klaus F. habe ihn unvermittelt angepöbelt: „Warum verschwindest du schwule Sau nicht.“ Immer weiter habe er sich in Beschimpfungen hineingesteigert. Etwa so: „Hab ich's doch gewusst: Jude, sehe ich schon an der Nase.“ Dabei habe F. einen Zeigefinger gekrümmt und sein

Gesicht „zu einer Fratze verzerrt“. Flankiert von Walter Herrmann als Zeugen bekräftigte der Angeklagte dagegen, Thomas S. habe ihn ohne Not provoziert, ihm als „Klagemauer“-Mitstreiter „reine Volksverhetzung“ und „Antisemitismus“ vorgeworfen und ihn als „Nazischwein“ bezeichnet. Da sei ihm, Klaus F., einmal das Wort „Arschloch“ herausgerutscht – mehr nicht.

Die Qualitätsjournalisten stehen vor einem Rätsel. Kann denn einer, der sich stets darauf beruft, sein Vater sei „Halbjude“ gewesen, so wie der Beschuldigte, überhaupt Beleidigungen oder gar antisemitische Volksverhetzung begehen? Das Gericht wird demnächst einen weiteren Polizeibeamten als Zeugen hören. Die Verteidigung möchte Evelyn Hecht-Galinski laden. Die war zwar nicht dabei, kann aber offenbar das Gericht belehren, was passiert ist, da sie „antizionistisch engagiert“ sei. Das reicht wohl als Qualifikation für eine Sachverständige in Judenfragen.

Keine Vorwürfe gegen Oberst Klein



Nach

der

Bundesanwaltschaft hat auch die Bundeswehr die Ermittlungen gegen Oberst Klein eingestellt. Damit ist amtlich: Der Befehl zum Angriff auf zwei entführte Tanklastzüge in Afghanistan war sowohl dienstrechtlich wie völkerrechtlich einwandfrei.

Das [Hamburger Abendblatt berichtet](#):

Die Staatsanwaltschaft begründete damals das Fallenlassen der Ermittlungen damit, dass Kleins Handeln nach den maßgeblichen Kriterien des humanitären Konfliktvölkerrechts rechtmäßig gewesen sei. Eine Strafbarkeit sei daher sowohl nach den Vorschriften des Völkerstrafgesetzbuches als auch des allgemeinen Strafrechts nicht gegeben.

Hierauf hatte der Heeresinspekteur die Wehrdisziplinar-Anwaltschaft beauftragt, Vorermittlungen aufzunehmen und zu prüfen, ob das Handeln Kleins dienstrechtlich zu beanstanden sei. Gegenstand der Prüfung war, ob der Oberst mit seinem Befehl im Rahmen der Isaf-Mission gegen die damals gültigen nationalen wie internationalen Einsatzregeln verstoßen hat. Die Vorermittlungen brachten jedoch keinen Hinweis auf ein solches Vergehen.

Vor wenigen Tagen hatte die Bundeswehr mitgeteilt, dass die Familien der Opfer jeweils 5000 Dollar erhalten sollen. Nach Darstellung der deutschen Stellen beinhaltet die Zahlung aber nicht die Anerkennung einer Schuld deutscher Soldaten und begründet auch keine weiteren Rechtsansprüche.

Ganz abgeschlossen ist der Fall indes noch nicht, da sich der Kundus-Untersuchungsausschuss des Bundestages noch mit dem Luftangriff beschäftigt. Einen Konflikt innerhalb des Ausschusses musste gestern der Bundesgerichtshof schlichten: SPD und Linkspartei scheiterten mit einer Klage, Guttenberg sowie Ex-Staatssekretär Peter Wichert und den früheren Bundeswehr-Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan zeitgleich zu vernehmen. Wichert und Schneiderhan waren nach dem Luftangriff von Guttenberg entlassen worden. Alle drei waren

von den Ausschussmitgliedern bereits vernommen worden. Die Oppositionsparteien setzten sich jedoch dafür ein, die Zeugen nochmals gemeinsam zu vernehmen, um angebliche Widersprüche aufzuklären. Der Antrag war von Union und FDP abgelehnt worden, woraufhin SPD und Linke vor Gericht gezogen waren. Die Richter urteilten jetzt, dass der Ausschuss mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Gegenüberstellung ablehnen darf.

Bleibt zu hoffen, dass auch SPD und Kommunisten irgendwann einsehen, dass ihr gemeinsamer Krieg gegen unsere Bundeswehr verloren ist. Oder wenigstens diese Schlacht. Und jetzt, da alles vorbei ist, darf sich auch die Kanzlerin ruhig wieder neben den zu Unrecht Beschuldigten stellen – wie einst beim Truppenbesuch im Jahre 2001 (Foto).

Mitarbeit im Disneyland nur ohne Kopftuch



Die Disneyland-Ressorts haben strenge Kleidungs Vorschriften für ihre Mitarbeiter, die im direkten Kontakt mit Parkbesuchern stehen. In diesen Kleidervorschriften ist festgelegt, dass das Tragen von Kopftüchern untersagt ist. Im Fall der 26-jährigen

muslimischen Mitarbeiterin Imane Boudlal (Foto) führte dies jetzt in den USA [zu einer Kündigung](#). Wie nicht anders zu erwarten war, fühlt sich die betroffene Muslimin diskriminiert und versucht, ihr „Recht“ auf das Tragen der islamischen Kopfbedeckung und somit die Missachtung der Parkregeln einzuklagen.

Die Muslimin jammert, ohne Lohn heimgeschickt worden zu sein. Disney ist mit Boudlal schon länger im Gespräch und hat ihr angeboten, auf eine Stelle ohne direkten Kundenkontakt zu wechseln. Die Ablehnung dieses Angebots und das weitere Kopftuchtragen trotz Verwarnung endete schließlich in ihrer Entlassung.

[flash

http://blick.simplex.tv/content/51/52/17834/simvid_1.flv]



Wieder Moslemterror in China



Es geht schon wieder

los: In China hat es Tote bei einem Terroranschlag eines muslimischen Uiguren gegeben. Im Westen Chinas terrorisieren Moslems immer wieder die dort lebenden Han-Chinesen. In der Vergangenheit waren bereits öfter bürgerkriegsähnliche Zustände aus den Provokationen erwachsen.

Der [STERN schafft es](#), über den jüngsten Terroranschlag eines Moslems zu berichten, ohne den islamischen Hintergrund des Konfliktes mit einem Wort zu erwähnen:

Bei einem Bombenanschlag sind in der chinesischen Provinz Xinjiang sieben Menschen getötet wurden. 14 weitere wurden verletzt, wie die Behörden erklärten. Ein Angehöriger der Minderheit der Uiguren sei in der Stadt Aksu mit seinem Fahrzeug in eine Menschenmenge gefahren und habe Sprengstoff gezündet, sagte eine Sprecherin der Regierung in Xinjiang, Hou Hanmin. Der Mann sei leicht verletzt festgenommen worden.

„Die Polizei sagt, es war ein vorsätzlicher Akt, weil der Verdächtige Sprengstoff bei sich hatte“, sagte Hou. „Die Opfer sind unschuldige Zivilisten unterschiedlicher ethnischer Herkunft.“ Einige der Verletzten waren in ernstem Zustand. Der Sprecher des in München ansässigen Weltkongresses der Uiguren, Dilxat Raxit, erklärte dagegen, die Sicherheitskräfte seien Ziel des Anschlags gewesen. Unter den Opfern seien ein Polizist und 14 Mitglieder einer uniformierten Hilfstruppe, die die Uiguren beobachten soll. Raxit sagte nicht, woher er seine Informationen bezog.

Woher wird der mohammedanische Spitzbube, dem wir Unterschlupf gewähren, seine Informationen oder Desinformationen wohl haben? Vielleicht steht der moslemische „Weltkongress der Uiguren“ (Foto auf dem Münchener Marienplatz) in irgendeinem Zusammenhang mit den Glaubensbrüdern in China, die sich dort wie überall auf der Welt das Recht nehmen, Ungläubige zu töten, wenn es ihrer Sache dienlich erscheint?

(Spürnasen: Legaspi, Puseratze)



Moische und die Sintflut





© 2010 by [Daniel Haw](#)



Daniel Haw ist Dramatiker, Maler, Komponist, Regisseur und Leiter des jüdischen Theaters Schachars in Hamburg. Nach einer graphischen und künstlerischen Ausbildung studierte der 51-Jährige in Kalifornien Schauspiel und Regie. Haw, Vater der jüdischen Comicfigur [Moishe Hundesohn](#), veröffentlicht seine Cartoons jeden Freitag exklusiv auf PI.

» [Alle Moishe-Cartoons auf PI](#)